



Bewusstsein über Klimarechte

Umfrage März 2023

27.06.2023

Veronika Marhold, LL.M. (WU)

ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung

Neustiftgasse 36/3a, A-1070 Wien

Tel: +43 1 524-93-77, Fax: +43 1 524-93-77-20

office@oekobuero.at

<http://www.oekobuero.at>

ZVR 873642346

ÖKOBÜRO ist die Allianz der Umweltbewegung. Dazu gehören 20 österreichische Umwelt-, Natur- und Tierschutz-Organisationen wie GLOBAL 2000, Naturschutzbund, VCÖ – Mobilität mit Zukunft, VIER PFOTEN, BirdLife oder der WWF. ÖKOBÜRO arbeitet auf politischer und juristischer Ebene für die Interessen der Umweltbewegung.

1. EINLEITUNG

Extremwetterereignisse, Hitzetage, die sich mit sintflutartigen Regengüssen abwechseln und grüne Wiesen dort, wo sich zuletzt noch verschneite Hügel befanden. Die Auswirkungen der Klimakrise sind auch in Österreich bereits deutlich spürbar. Dennoch werden die derzeitigen politischen und rechtlichen Maßnahmen nach jetzigem Stand nicht ausreichen, um die Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen.¹ Es ist davon auszugehen, dass die Erwärmung 2,8 Grad Celsius betragen wird, wenn derzeitige Regelungen beibehalten werden.² Aus diesem Grund erfreuen sich Klimaklagen – also Gerichtsverfahren, mit denen versucht wird, Entscheidungstragende zum Klimaschutz zu verpflichten – großer Beliebtheit. **Die Zivilgesellschaft sieht sich anscheinend gezwungen, Klimaschutzmaßnahmen vor den Gerichten zu erstreiten.** In vielen Fällen stützen sich die Beschwerden auf Grund- und Menschenrechte, die Staaten zum Schutz der Menschen vor den Auswirkungen der Klimakrise verpflichten sollen, und richten sich an Höchstgerichte des öffentlichen Rechts. Doch auch Verfahren aufgrund anderer Rechtsgrundlagen, zB zivilrechtliche Klagen gegen umweltschädliche Unternehmen, häufen sich – die „**Klimarechte**“, auf die sich Beschwerdeführende stützen, sind vielfältig.

Als „Klimarechte“ wurden für den Zweck des Projekts jene **rechtlichen Normen und Mechanismen** definiert, die die Zivilgesellschaft dazu nutzen kann, **um vor den Behörden Klimaschutzmaßnahmen einzufordern.** Diese Definition wurde bewusst weit gewählt, um eine Vielzahl von Möglichkeiten aufzeigen zu können. Dazu gehören zB Grund- und Menschenrechte, Verfahrensrechte (wie zB aus der Aarhus Konvention), Ansprüche auf Klimawandelanpassungsmaßnahmen, Ansprüche auf eine „soziale Transformation“ (*Just Transition*), Ansprüche auf die Einhaltung internationaler Klimaziele etc).

Dennoch ist die Durchsetzung von „Klimarechten“ alles andere als niederschwellig. Klimaklagen sind ein junges Phänomen der letzten beiden Jahrzehnte und „Klimarechte“ werden von den Gerichten nur zögerlich anerkannt.³ **Diese Rechtsprechung zu ändern erfordert ein Höchstmaß an juristischer Expertise.**

-
- 1 Bei einer Erwärmung um 1,5 Grad Celsius geht der Weltklimarat davon aus, dass das Risiko, Kippelemente und damit unkontrollierbare Veränderungen im Klimasystem auszulösen, deutlich geringer ist als bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius. S dazu IPCC, Zusammenfassung des Sonderberichts 1,5 Grad Celsius globale Erwärmung (2018), abrufbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Hheadline-statements.pdf (27.6.2023).
 - 2 United Nations Environment Programme, Emissions Gap Report 2022: The Closing Window (2022) XVI, abrufbar unter <https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/40874/EGR2022.pdf?sequence=1&isAllowed=y> (27.6.2023).
 - 3 Alogna/Bakker/Gauci (Hrsg), Climate Change Litigation: Global Perspectives (2020) 3.

Aus diesem Grund haben ÖKOBÜRO und fünf andere Organisationen des europäischen Umweltrecht-Netzwerks Justice and Environment das Projekt **DACE – Discussions and Actions on Climate and Environment** ins Leben gerufen. Ziel des Projekts ist es, das Bewusstsein für Klimarechte in der Bevölkerung zu schärfen und aufzuzeigen, wie diese durchgesetzt werden können.

Als ersten Schritt hat ÖKOBÜRO deshalb im März 2023 eine **repräsentative Umfrage** unter 500 in Österreich ansässigen Personen im Alter von 16 bis 75 Jahren in Auftrag gegeben, um den Status Quo hinsichtlich des Bewusstseins für Klimarechte zu erheben. Die Fragen wurden von ÖKOBÜRO mit den anderen beteiligten Organisationen erarbeitet und die Umfrage wurde schließlich vom Meinungsforschungsinstitut INTEGRAL durchgeführt. Die Antworten wurden in Onlineinterviews mit den Mitgliedern des INTEGRAL Online Pools im Zeitraum 23.3.2023 bis 28.3.2023 erhoben.

Im Rahmen der Umfrage wurden **folgende Fragestellungen** beantwortet:

- 1.** Im Folgenden geht es um das Thema „Klimawandel“,⁴ also die globale Erderwärmung, die zu Umweltveränderungen führt. Wie sehr bereitet Ihnen der Klimawandel Sorgen?
- 2.** Wie sehr sind Sie persönlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen?
- 3.** Glauben Sie, dass Ihre Grund- und Menschenrechte (zB Recht auf Leben in Freiheit/Sicherheit, Recht auf Gesundheit, Recht auf Wasser und Sanitäre Anlagen, Recht auf Nahrung, Recht auf Lebensgrundlagen, etc.) von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind? Wenn Sie nicht sicher sind, antworten Sie bitte nach Gefühl!
- 4.** Sollten Grund- und Menschenrechte vom Klimawandel betroffen sein, würden Sie dann rechtliche Schritte einleiten (zB vor Gericht ziehen, rechtliche Beratung einholen etc.), um diese/Ihre durch den Klimawandel betroffenen Rechte durchzusetzen?
- 5.** Wissen Sie, an welche Stellen in Österreich bzw international Sie sich wenden könnten, um diese/Ihre vom Klimawandel betroffenen Rechte durchzusetzen?
- 6.** Glauben Sie, dass einzelne Geschlechter unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind?
- 7.** Sollte die Regierung Ihrer Meinung nach verstärkt Maßnahmen ergreifen, damit Österreich besser vor den Folgen des Klimawandels (wie Extremwetterereignisse, Temperaturanstieg, Trockenheit) geschützt ist bzw. sich besser an die neuen Klimabedingungen anpassen kann?

4 ÖKOBÜRO bevorzugt die Bezeichnung „Klimakrise“, um deren katastrophalen Auswirkungen Rechnung zu tragen. Für den Zweck der Umfrage wurde jedoch bewusst die neutralere Bezeichnung „Klimawandel“ gewählt.

2. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Sieben von zehn (71%) befragten Personen bereitet die Klimakrise **Sorgen**, insbesondere 16-29-Jährigen sowie Personen mit Matura.

Rund **vier von zehn Personen (38%)** sehen sich persönlich von den **Auswirkungen der Klimakrise betroffen**. 16-29-Jährige und Personen mit Matura geben dies überdurchschnittlich oft an.

Zwei Drittel nahmen an, dass ihre **Grund-/Menschrechte** von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen seien. Sicher sind sich diesbezüglich ein Fünftel (18%).

Etwa die **Hälfte der Befragten (49%)** würde **rechtliche Schritte** setzen, um die betroffenen Grund-/Menschenrechte durchzusetzen bzw zu schützen. Am ehesten täten dies 16-29-Jährige.

Die **überwiegende Mehrheit (85%)** weiß nicht, **an welche Stelle** sie sich wenden kann, **um ihre betroffenen Rechte durchzusetzen**. Nur 4% gaben eine korrekte Antwort auf die Frage nach konkreten Stellen.

Nur **ein Viertel** ist der Ansicht, dass **einzelne Geschlechter** unterschiedlich von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. Sicher sind sich diesbezüglich lediglich 5% der Befragten.

Insgesamt **drei Viertel der befragten Personen** sind der Meinung, dass die Regierung verstärkt **Maßnahmen ergreifen** soll, damit Österreich besser vor den Folgen der Klimakrise geschützt ist bzw sich besser anpassen kann. Personen mit Matura geben dies überdurchschnittlich oft an.

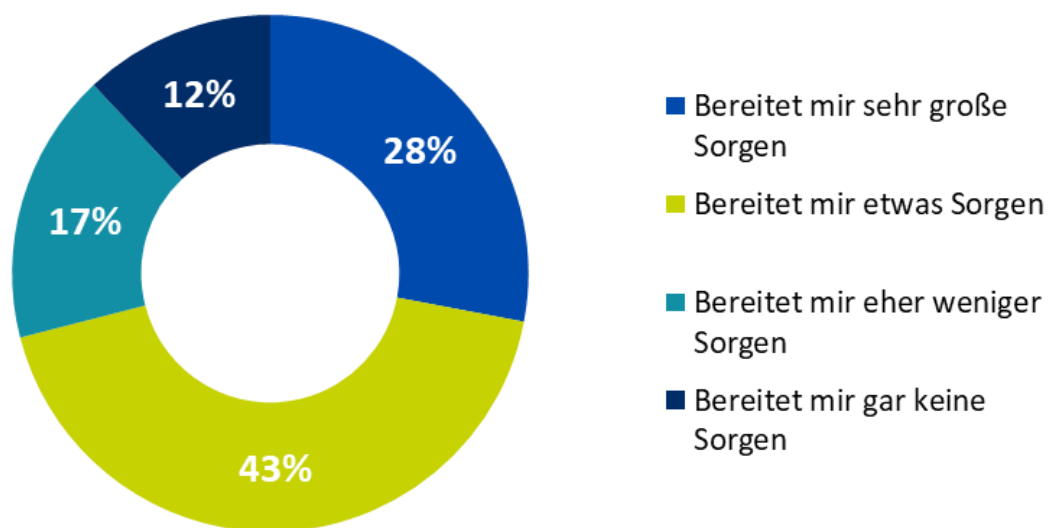
In allen Aspekten zeigt sich, dass **junge Menschen (16-29 Jahre)** sich in allen Fällen stärker von den Auswirkungen der Klimakrise **betroffen sehen**, als ältere Personen (30+ Jahre) und auch eher bereit wären, rechtliche Schritte einzuleiten. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Auswertung der Ergebnisse nach Bildungsgrad – **Personen mit Matura sehen sich eher als betroffen** und würden ihre „Klimarechte“ eher gerichtlich durchsetzen.

3. SORGEN AUFGRUND DER KLIMAKRISE

Sieben von zehn (71%) befragten Personen bereitet die Klimakrise Sorgen, insbesondere 16-29-Jährigen sowie Personen mit Matura.

Frage 1: Im Folgenden geht es um das Thema „Klimawandel“, also die globale Erderwärmung, die zu Umweltveränderungen führt. Wie sehr bereitet Ihnen persönlich der Klimawandel Sorgen?

IN PROZENT (n=500)



Nach Untergruppen: „Sehr große Sorgen“ und „Etwas Sorgen“

Untergruppe	IN PROZENT (n=500)
IN PROZENT (n=500)	71
Männer (n=250)	71
Frauen (n=250)	72
16 bis 29 Jahre (n=106)	81
30 bis 49 Jahre (n=177)	73
50 bis 75 Jahre (n=217)	65
Ohne Matura (n=346)	66
Mit Matura (n=154)	83

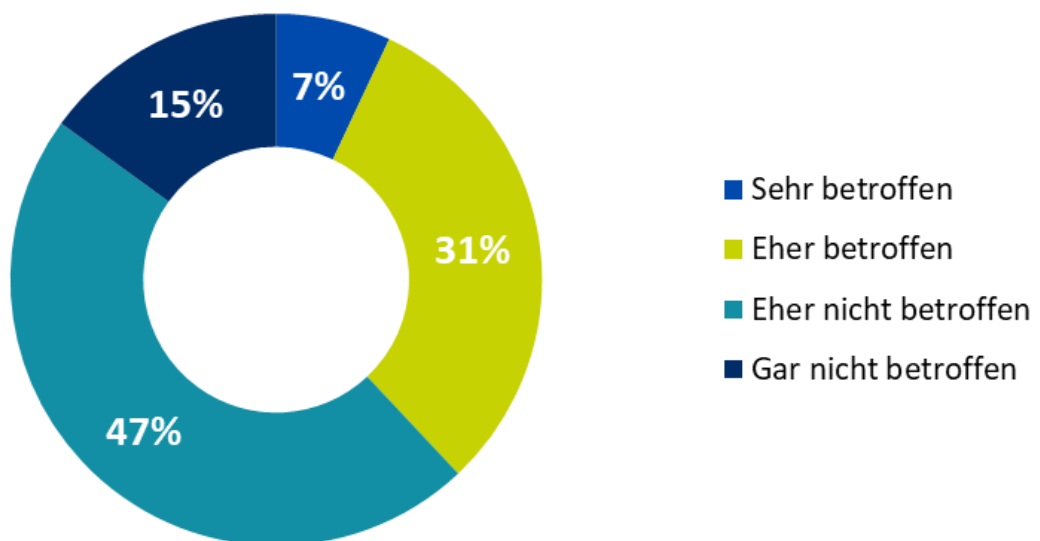
Diese Frage wurde gewählt, um die Interpretation der Ergebnisse der Folgefragen zu erleichtern. 12% der Befragten gaben an, dass ihnen die Klimakrise keine Sorgen bereite. Diese Personen werden sich auch eher nicht von den Auswirkungen der Klimakrise persönlich betroffen sehen, oder Grund- bzw. Menschenrechte berührt sehen, geschweige denn rechtliche Schritte setzen, um diese Rechte durchzusetzen. Besonders oft gaben 16-29-jährige sowie Personen mit Matura an, dass ihnen die Klimakrise Sorgen bereite. Zwischen befragten Männern und Frauen zeigen sich kaum Unterschiede.

4. PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT VON DER KLIMAKRISE

Rund vier von zehn Personen (38%) sehen sich persönlich von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen, insbesondere 16-29-Jährige und Personen mit Matura.

Frage 2: Wie sehr sind Sie persönlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen?

IN PROZENT (n=500)



Nach Untergruppen: „Sehr betroffen“ und „Eher betroffen“

Untergruppe	IN PROZENT (n=500)
Männer (n=250)	37
Frauen (n=250)	39
16 bis 29 Jahre (n=106)	53
30 bis 49 Jahre (n=177)	36
50 bis 75 Jahre (n=217)	32
Ohne Matura (n=346)	31
Mit Matura (n=154)	54

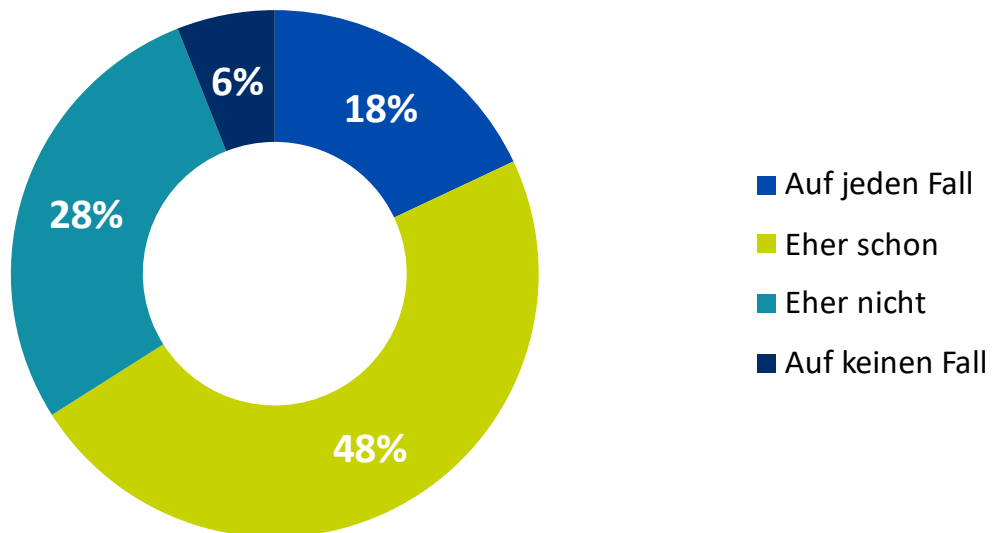
Mit dieser Frage wurde erhoben, ob Auswirkungen der Klimakrise bereits für die Befragten individuell spürbar seien. Lediglich vier von zehn Personen beantworteten diese Frage mit „sehr betroffen“ oder „eher betroffen“, wobei mehr als die Hälfte der 16-29-jährigen angaben, sehr oder eher betroffen zu sein. Ebenso verhielt es sich bei Befragten mit Matura. Zwischen Männern und Frauen ergaben sich auch hier kaum Unterschiede.

5. BETROFFENHEIT VON GRUNDRECHTEN

Zwei Drittel nahmen an, dass ihre Grund-/Menschrechte von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen seien.

Frage 3: Glauben Sie, dass Ihre Grund- bzw. Menschenrechte (z.B. Recht auf Leben in Freiheit/Sicherheit, Recht auf Gesundheit, Recht auf Wasser und Sanitäre Anlagen, Recht auf Nahrung, Recht auf Lebensgrundlagen, etc.) von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind? Wenn Sie nicht sicher sind, antworten Sie bitte nach Gefühl!

IN PROZENT (n=500)



Nach Untergruppen: „Auf jeden Fall“ und „Eher schon“

Untergruppe	IN PROZENT (n=500)
Männer (n=250)	72
Frauen (n=250)	61
16 bis 29 Jahre (n=106)	71
30 bis 49 Jahre (n=177)	69
50 bis 75 Jahre (n=217)	62
Ohne Matura (n=346)	64
Mit Matura (n=154)	70

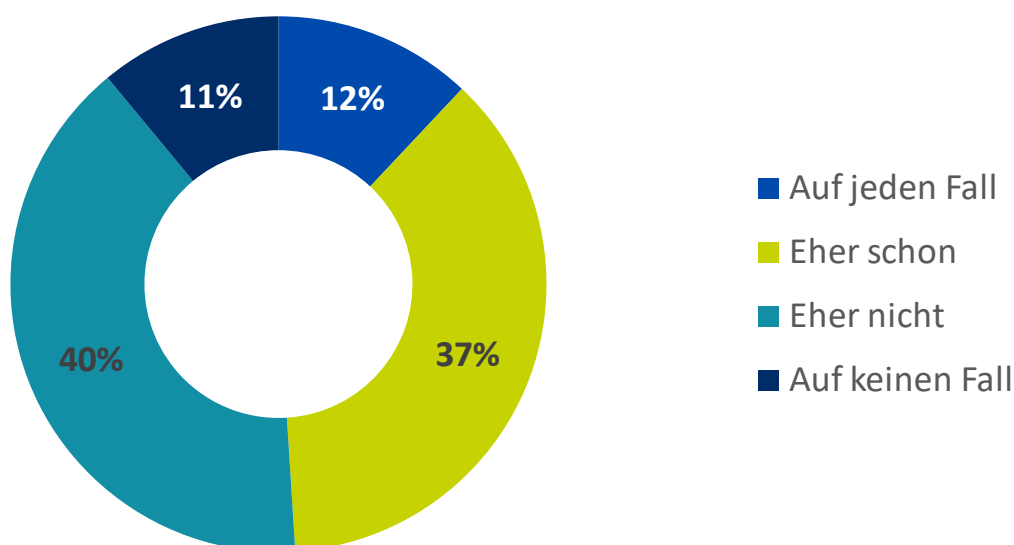
Mit dieser Frage wurde erhoben, ob die Befragten annahmen, ob die Auswirkungen der Klimakrise auch für ihre Grund- und Menschenrechte relevant seien. Besonders häufig gaben dies Personen zwischen 16 und 49 Jahren an. Demgegenüber gaben 72% aller befragten Männer, jedoch nur 61% aller Befragten Frauen an, dass Grundrechte von der Klimakrise betroffen seien. Interessant ist auch, dass Personen eher angaben, dass Grundrechte von der Klimakrise betroffen seien, als dass die Auswirkungen der Krise für sie spürbar seien.

6. DURCHSETZUNG VON GRUNDRECHTEN

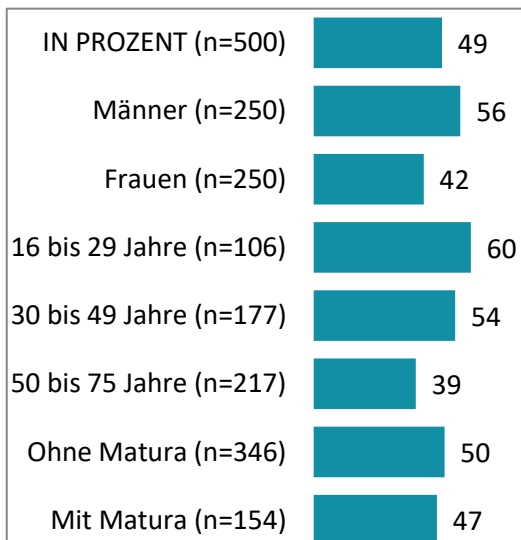
Etwa die Hälfte der Befragten (49%) würde rechtliche Schritte setzen, um die betroffenen Grund-/Menschenrechte durchzusetzen

Frage 4: Sollten Grund- bzw. Menschenrechte vom Klimawandel betroffen sein, würden Sie dann rechtliche Schritte einleiten (z.B. vor Gericht ziehen, rechtliche Beratung einholen etc.), um diese/Ihre durch den Klimawandel betroffenen Rechte durchzusetzen?

IN PROZENT (n=500)



Nach Untergruppen: „Auf jeden Fall“ und „Eher schon“

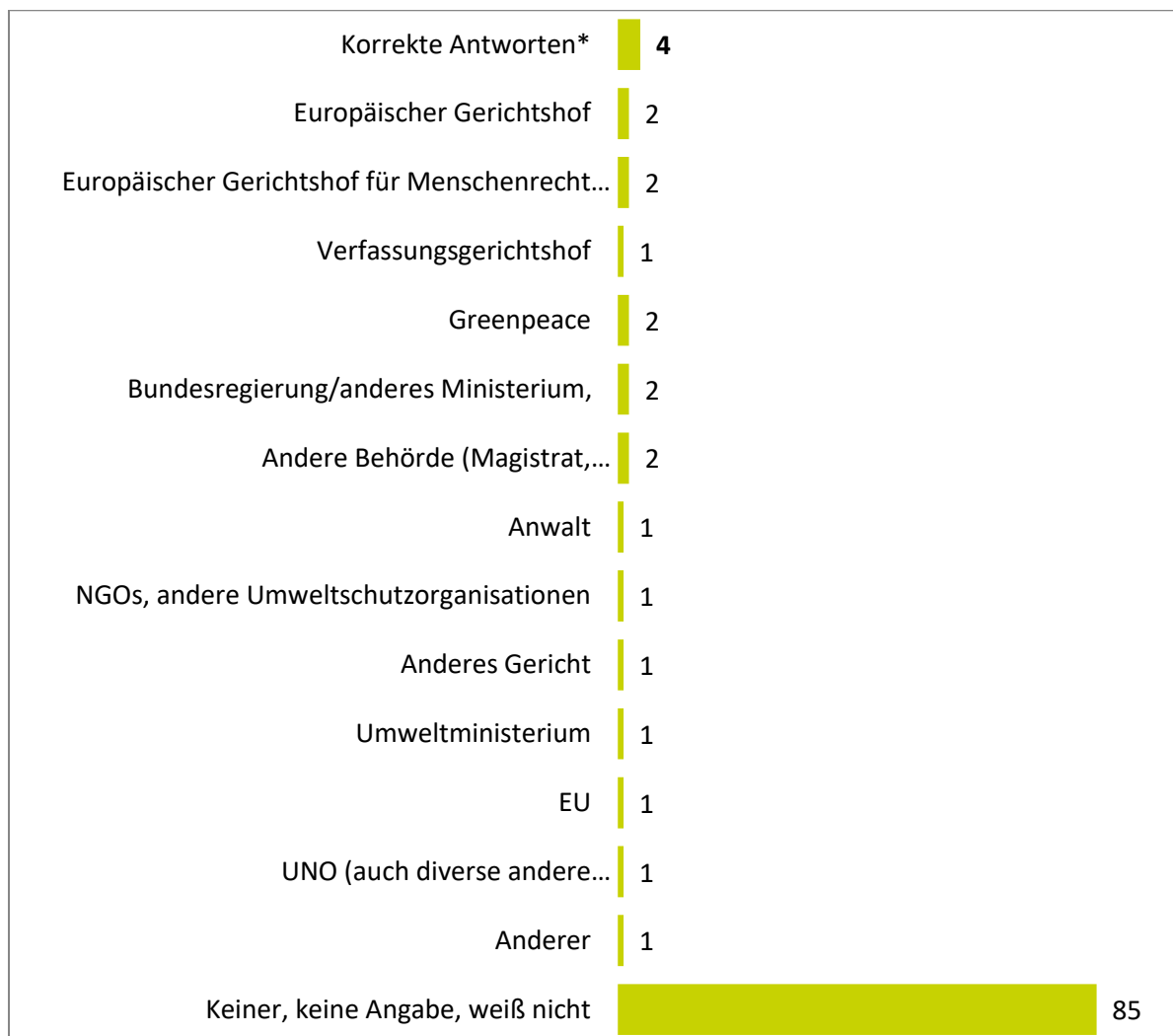


Es wurde erfragt, ob die befragten Personen bereit wären, erste Schritte einzuleiten, um ihre Grundrechte durchzusetzen. Die Hälfte der Befragten bejahte dies, insbesondere 60% der befragten Personen zwischen 16 und 29 Jahren. In Zusammenhang mit dem Bildungsgrad erheben sich kaum Unterschiede. Allerdings sehen sich Männer (56%) eher bereit, rechtliche Schritte zur Durchsetzung von Grundrechten einzuleiten, als Frauen (42%).

7. KENNTNIS ÜBER STELLEN, UM BETROFFENE RECHTE DURCHZUSETZEN

Die überwiegende Mehrheit (85%) weiß nicht, an welche Stelle sie sich wenden kann, um ihre betroffenen Rechte durchzusetzen.

Frage 5: Wissen Sie, an welche Stellen in Österreich bzw. International Sie sich wenden könnten, um diese/Ihre vom Klimawandel betroffenen Rechte durchzusetzen?



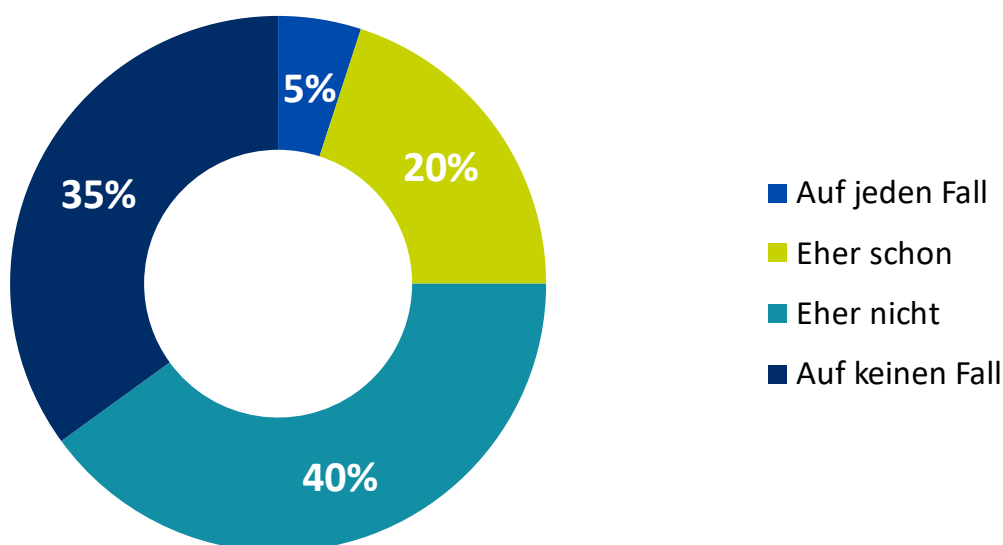
Die Befragten wurden vor die Frage gestellt, ob sie wissen, an welche Stelle sie sich zur Durchsetzung ihrer von der Klimakrise betroffenen Rechte wenden könnten. Die Frage war offen formuliert, dh von den Befragten war zumindest eine solche Stelle anzugeben. ÖKOBÜRO hatte zuvor Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Volksanwaltschaft, Europäischer Gerichtshof, Europäische Kommission, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Europäische/r Bürgerbeauftragte, UN-Menschenrechtsausschuss, UN-Sonderberichterstatter als richtige Antworten festgelegt. Nur 4% der Befragten führten eine dieser Stellen an. Insgesamt ähnlich häufig wurden die Bundesregierung bzw Ministerien sowie NGOs als zuständige Stellen angegeben.

8. BETROFFENHEIT VERSCHIEDENER GESCHLECHTER

Nur ein Viertel ist der Ansicht, dass einzelne Geschlechter unterschiedlich von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind.

Frage 6: Glauben Sie, dass einzelne Geschlechter unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind?

IN PROZENT (n=500)



Nach Untergruppen: „Auf jeden Fall“ und „Eher schon“

Untergruppe	IN PROZENT (n=500)
IN PROZENT (n=500)	25
Männer (n=250)	22
Frauen (n=250)	28
16 bis 29 Jahre (n=106)	32
30 bis 49 Jahre (n=177)	29
50 bis 75 Jahre (n=217)	19
Ohne Matura (n=346)	22
Mit Matura (n=154)	32

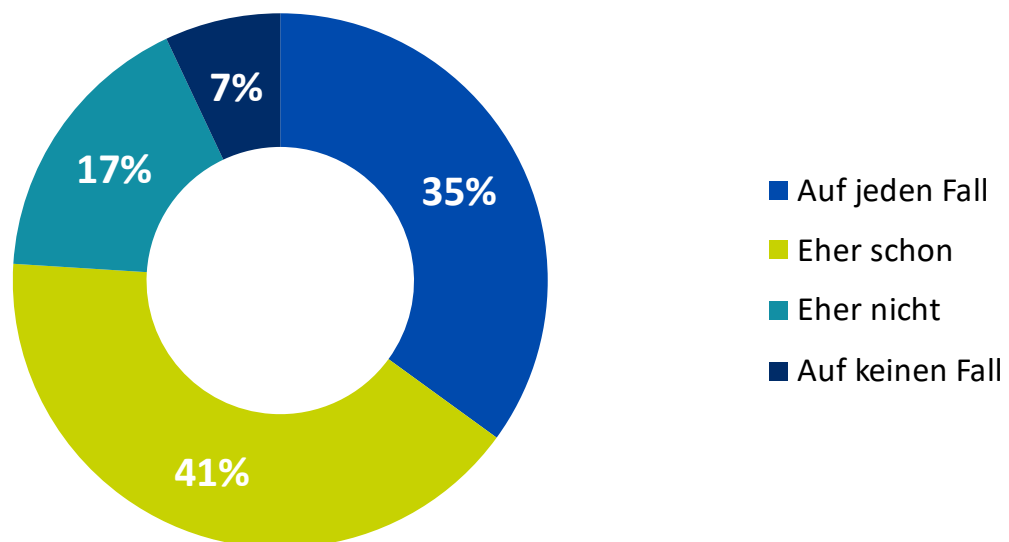
Diese Frage zielte auf die unterschiedlichen Auswirkungen der Klimakrise aufgrund des Geschlechts ab. Nur ein Viertel bejaht unterschiedliche Auswirkungen, nur 5% der Befragten sind sich diesbezüglich sicher. Am ehesten bejahten Personen mit Matura zwischen 16 und 29 Jahren die Frage. Zwischen den Antworten von Frauen und Männern bestehen nur geringe Unterschiede.

9. ERGREIFEN VON ANPASSUNGSMABNAHMEN

Insgesamt drei Viertel der befragten Personen sind der Meinung, dass die Regierung verstärkt Maßnahmen ergreifen soll, damit Österreich besser vor den Folgen der Klimakrise geschützt ist bzw sich besser anpassen kann.

Frage 7: Sollte die Regierung Ihrer Meinung nach verstärkt Maßnahmen ergreifen, damit Österreich besser vor den Folgen des Klimawandels (wie Extremwetterereignisse, Temperaturanstieg, Trockenheit) geschützt ist bzw. sich besser an die neuen Klimabedingungen anpassen kann?

IN PROZENT (n=500)



Nach Untergruppen: „Auf jeden Fall“ und „Eher schon“

Untergruppe	IN PROZENT (n=500)	Prozentwert
IN PROZENT (n=500)		76
Männer (n=250)		73
Frauen (n=250)		79
16 bis 29 Jahre (n=106)		81
30 bis 49 Jahre (n=177)		75
50 bis 75 Jahre (n=217)		74
Ohne Matura (n=346)		72
Mit Matura (n=154)		85

Diese Frage zielte auf das Ergreifen von Maßnahmen zur Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise ab. Insgesamt drei Viertel der Befragten wünschen sich diese Maßnahmen vermehrt. Während dies in allen befragten Gruppen allgemein befürwortet wurde, gaben Personen mit Matura besonders oft an, sich mehr Maßnahmen zur Klimawandelanpassung zu wünschen.